

Bundesgerichtshof:

Sicherheitswahn zu Recht eingedämmt

Es ist sehr zu begrüßen, dass das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung vom Bundesgerichtshof gekippt wurde. Hinter der Klage standen Millionen von Bürgern, denen die Sammelwut über persönliche Daten suspekt ist.

Schlimmer noch finde ich die Tatsache, dass es seit 2006 ein „Luftsicherheitsgesetz“ gibt, nach dem sich jeder Pilot zwingend und kostenpflichtig auf seine Zuverlässigkeit in puncto Terrorismus überprüfen lassen muss. Das heißt im Klartext, dass jeder Pilot, vom Segelflieger bis zum Jumbo-Kapitän, nachweisen muss, dass er nicht terrorverdächtig ist – und das alle zwei Jahre! Zwecks Überprüfung werden die persönlichen Daten „an die Polizeivollzugs- und Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, das Bundeszentralregister sowie, soweit erforderlich, das Bundeskriminalamt, das Zollkriminalamt, das Bundesamt für Verfassungsschutz, den Bundesnachrichtendienst, den Militärischen Abschirmdienst, das Ausländerzentralregister und die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen weitergegeben“.

Wer diese Überprüfung nicht beantragt, verliert seine Pilotenlizenz! Dieses Gesetz gilt jedoch nur für deutsche Piloten, während ausländische Piloten ungeprüft über Deutschland fliegen dürfen. Abgesehen davon bedeutet der Verlust der Lizenz ebenso wenig, dass der Betreffende dann nicht mehr fliegen kann, so wie auch ein Autofahrer, der seinen Führerschein verloren hat, immer noch fahren kann und, wie es gelegentlich vorkommt, dies auch tut. Mit der gleichen Logik müssten sich alle Autofahrer einer solchen Überprüfung unterziehen, denn mit Autos werden täglich Terroranschläge verübt. Dann aber ginge ein Aufschrei durch die Nation!

Was haben deutsche Piloten eigentlich verbrochen, dass sie so sehr verdächtig sind? Gilt hier nicht der Grundsatz, dass jemand so lange als unschuldig gilt, so lange ihm nicht das Gegenteil bewiesen wird? Nicht einmal die als pingelig bekannten USA haben nach der leidvollen Erfahrung vom 11.09.2001 ein solches oder nur ähnliches Gesetz auf den Weg gebracht! Hier wird eine Gruppe von mehreren Zehntausend Deutschen unter Verdacht gestellt, von dem sie sich selbst befreien müssen. Aber was sind schon einige Zehntausend Bürger gegenüber Millionen von Handy-, Telefon- und Internetnutzern? Da lohnt sich der Einsatz wohl nicht, auch gegen dieses unsinnige und diskriminierende Gesetz vorzugehen.

Werner Wohlfahrt, Plankstadt

Bauhof Reilingen:

Gemeindebetrieb oder Dienstleister?

Der Winterdienst lastet den Bauhof nach Angaben der Gemeinde aus. Eine Möglichkeit, die vereisten Nebenstraßen zu räumen, besteht nicht! Am 12. Februar um 8.15 Uhr waren Mitarbeiter und Geräte des Bauhofes aber auf dem Parkplatz des Möbelhauses Ehrmann im Räumeinsatz. Eine Rückfrage bei Josef Dufrin von der Gemeindeverwaltung ergab, dass ihm dies nicht bekannt sei, er aber den Fall prüfe. Ergebnis: Der Parkplatz wird gegen Entgelt gereinigt! Die Aufgabe des Bauhofes besteht meines Wissens darin, die Gebäude, Wege und Einrichtungen der Gemeinde instand zu halten und dem Winterdienst nachzukommen. Bei freien Kapazitäten des Bauhofes ist der Winterdienst auf den Gemeindestraßen auszuweiten, um Sicherheit und Komfort der Bürger zu verbessern.

Es ist nicht zu verstehen, dass bei Auslastung des Bauhofes, Dienstleistungen gegen Entgelt erbracht werden. Die Gemeinde Reilingen sollte im Interesse ihrer Bürger solche Missstände ausschließen. Ich bitte alle Mitbürger, kritisch zu beobachten – was in unserer Gemeinde geschieht.

Franz Raber, Reilingen

Vereinshaus Bassermann: Das passt nicht zusammen, wenn keine Trittschalldämmung eingebaut werden kann

Alternative Feuerwehrsaal?

Angeregt durch die Diskussion in unserer Heimatzeitung bin ich am vergangenen Freitag das erste Mal im „Theater am Puls“ in einer wirklich hinreißenden Aufführung gewesen. Ich bedauere, dass erst jetzt! Der ehrenamtliche „Theaterdienst“ einer prominenten Landtagsabgeordneten war an diesem Abend eine sehr angenehme Zugabe. Zur Sachlage gibt es aber eine klare Analyse:

1. Das Theater und die Vereine in dieser Weise im „Vereinshaus Bassermann“ zusammenzusperrten und dann nur die Theater- (und Proben)termine zu bevorzugen und die Termine von mindestens einem Dutzend Vereine nach hinten fallen zu lassen, ist eine klare Fehlentscheidung der Stadtverwaltung. Man erwartet, dass die beiden Nutzer sich arrangieren, was unter diesen Umständen naturgemäß schief gehen muss. Dementsprechend groß ist wohl auch die Verbitterung.

2. Das „Theater am Puls“ ist eine richtige Werbung für die Stadt, immer öffentlich und im Rampen-

licht. Die Arbeit der Vereine, die oft im Stillen stattfindet, ist aber ebenso ein hohes Gut.

Fazit: Wenn es wirklich keine annehmbare Lösung für die Trittschallproblematik gibt (wie hoch wären die Kosten?) bietet sich doch an den Tagen, an dem das Theater probt oder spielt, der Alternativstandort Feuerwehrsaal an. Wie kann es sein, dass dort ein Saal, der von öffentlichen Geldern bezahlt wurde, einfach aus dem Verkehr gezogen wird. Wer trägt dafür die Verantwortung? Die Stadt sollte nicht zögern, sich dieser Problematik ernsthaft anzunehmen.

Hans Koll, Ketsch

Es war hervorragend

Am vergangenen Sonntag waren wir wieder einmal mit Freunden aus Ladenburg in Schwetzingen im „Theater am Puls“ in der Vorstellung „Traumfrau verzweifelt gesucht“. Wir müssen sagen, es war, wie immer hervorragend. Wir waren alle vier total begeistert. Es war restlos ausverkauft und das mit Recht! Als

ehemalige Schwetzingener – vor Jahrzehnten weggezogen – kommen wir nach wie vor zu diversen Veranstaltungen in Schwetzingen, dadurch unter anderem auch ins „Theater am Puls“. Wir waren schon Besucher dieses Theaters, als dessen Vorstellungen noch in der Alten Wollfabrik stattfanden.

Auch in den neuen Räumlichkeiten im Bassermann-Vereinshaus sind wir sehr oft zu Besuch und haben dort jedes Mal sehr schöne Stunden verbracht. Ob ernst, ob heiter, ob Tragödie oder Komödie, ob Klassik oder Märchen, es gibt kein Theaterstück, das von diesen Leuten nicht super umgesetzt wird. Wenn man noch nicht da war, kann man sich nicht vorstellen, welche Leistungen von jedem Einzelnen erbracht werden. Angefangen mit Jörg Steve Mohr (Intendant), Jürgen Ferber (musikalischer Leiter), Bühnen-, Kostüm- und Maskenbildner(innen), sowie die vielen oft ehrenamtlichen Helfer. Nicht zu vergessen die exzellenten Schauspieler, jeder von ihnen könnte auf jeder gro-

ßen Bühne auftreten. Es stimmt einfach alles!

Auch schon im Foyer empfängt uns eine ansprechende Atmosphäre, mit freundlichen Leuten hinter der Theke, die ein kleines Getränkeassortiment anbietet. Steht man dann vor Beginn oder in der Pause mit einem Glas Sekt da, kann man interessante Kommentare hören: „Ich wusste gar nicht, dass es hier so ein tolles Theater gibt!“ „Das ist ein richtiges Kleinod hier in Schwetzingen!“ „Um dieses Theater mit seinen Schauspielern ist Schwetzingen direkt zu beneiden!“ Oder: „Ich wohne zwar in Schwetzingen, bin aber zum ersten Mal hier, aber nicht zum letzten Mal!“ Und dergleichen. Noch mal, wer noch nicht da war, der hat etwas versäumt!

Wir finden einfach toll, dass Schwetzingen so ein kleines, aber feines Theater hat, mit enorm vielfältigem Programm. Und wir werden auch weiterhin die Vorstellungen sehr gerne besuchen! Ein Dankeschön an das ganze Ensemble.

Silvia und Rainer Fath, Weinheim

Albert-Schweitzer-Schule: Kritik an fehlender Transparenz

Neubau nicht finanzierbar

Dem Altlußheimer Gemeinderat und den Sitzungsbesuchern wurden in der letzten öffentlichen Gemeinderatssitzung am 23. Februar die drei Varianten über das Sanierungskonzept der Albert-Schweitzer-Schule vom durch die Verwaltung beauftragten Architekturbüro Lorentz & Roth präsentiert.

Von den drei vorgestellten Varianten ist für mich vor allem die letzte und auch teuerste ein absolutes „No Go“. In dieser Variante soll das alte Schulgebäude komplett abgerissen und hinter der Rheinfrankenhalle neu gebaut werden. Somit würden die Grundstücke auf dem ehemaligen Schulgelände frei und die Verwaltung kann auf einen Veräußerungsgewinn hoffen, der nach der Erschließung bei ungefähr einer Million Euro liegt.

Das hört sich natürlich auf den ersten Blick gut an, ist aber nur schwer in die Praxis umzusetzen, da sich das Interesse für die freiwerdenden Grundstücke in Grenzen halten dürfte. Zum anderen ist davon auszugehen, dass die dort freierwerdenden Grundstücke den Markt weiter verwässern, was sich schließlich auch schon in der Rabattierung der im Neubaugebiet „Hockenheimer Flur“ ausgewiesenen Grundstücke widerspiegelt.

Im Gegensatz zu den Vorschlägen der Partei Die Linke im Bundestag halte ich die Sanierung der Albert-Schweitzer-Schule mit Kosten von bis zu 4,25 Millionen Euro je nach

Variante, ohne die aus den schon erwähnten Gründen einberechneten Veräußerungserlöse, in der derzeitigen Haushaltslage in Altlußheim für nicht finanzierbar.

Hier ist vor allem die fehlende Transparenz seitens der Verwaltung und der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu kritisieren.

Ich frage mich, wie es zu derart hohen Sanierungskosten kommen kann, wenn man berücksichtigt, dass es in Altlußheim vielleicht nur eine Grundschule ohne angegliederte Ganztagschule geben wird, wenn zum Beispiel die Gemeinde Reilingen den Zuschlag für den Bau einer solchen bekommt.

Weiter fehlen bei einem Auftrag in dieser Größenordnung die alternativen Angebote von mindestens einem weiteren Architekturbüro.

Wenn die Stadt Hockenheim Zuschüsse für die Sanierung ihrer von Schule und Vereinen genutzten Gebäude in Höhe von insgesamt 1,114 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket der Bundesregierung erhält, frage ich mich, warum dies in unserer Gemeinde nicht genutzt oder für was diese Fördergelder dann verwendet wurden.

Alles in allem viele offene Fragen, die ich die Bürgerinnen und Bürger Altußheims bitte, an die Vertreter der Fraktionen bei den angeordneten Bürgersprechstunden zu richten!

Martin Pustal, Altußheim

Geschäftsgebahren: Arbeiten nicht zu Ende gebracht

Wo ist die Handwerkerlehre?

Mit großem Ärger und Unverständnis musste ich feststellen, dass die ehemalige und „hochgelobte Handwerkerlehre“ nicht mehr von vielen Handwerksbetrieben in der heutigen Zeit gelebt wird. Diese bitteren und die finanziell schmerzhaften Erfahrungen waren mir bislang nicht bekannt. Nach gewährten Abschlagszahlungen wurden Arbeiten zudem noch verspätet zu Ende geführt. Dies lässt die Vermutung meinerseits zu, dass sich viele Handwerker mit einem größeren Teilbetrag zufriedengeben und gegebenenfalls auf die Abschlusszahlung verzichten und so weiteren Ärger mit ihren Auftraggebern vermeiden wollen. Getreu dem Motto: „Mir ist der Spatz in der Hand lieber als die Taube auf dem Dach.“

In dem folgenden Fall haben wir einen Vergleich vor Gericht geschlossen. Etwaige Gewährleistungsansprüche wurden uns auch gerichtlich zugesagt. Die ausführende Firma will sich nicht mehr an ihre gegebenen Zusagen halten. Vielmehr erhält man trotz Aufforderung an den Geschäftsführer Kurt Schuhmacher nicht einmal einen Rechnungsbeleg. Der von der Firma beauftragte Rechtsanwalt will sich nicht mehr hierzu äußern, da der „Fall für ihn erledigt sei und er sich auf seine Standrechte bezieht“. Die „Krönung“ ist jedoch, dass man als unbescholtener Steuerzahler schließlich mit der netten Gerichtsvollzieherin konfrontiert wird.

Jeder, der im Nachhinein einmal schlechte Erfahrungen mit Handwerksbetrieben gemacht hat, insbesondere was die Ausführung der sogenannten „fachgerechten Arbeiten“ betrifft, kennt diese schmerzliche Situation. Kann das Lamentieren der Handwerksbetriebe hinsichtlich der „hohen“ Lohnnebenkosten überhaupt noch in unserer Zeit richtig wahrgenommen werden?

Die Qualität der Handwerkerarbeiten lässt meines Erachtens sehr zu wünschen übrig. Es zählt ausschließlich das „schnell“ verdiente Geld und sonst nichts. Die ausgestellten Rechnungsbeträge stehen auch nicht mehr im Verhältnis zu dem Einkommen der Bundesbürger. Wer hätte sich vor der Euroeinführung im Jahr 2002 schon einen Handwerker mit einem Stundenlohn von circa 110 Mark (brutto) leisten können?

Dieser Leserbrief ist keine Pauerschalkritik an unsere Handwerksbetriebe, sondern betrifft insbesondere das „Geschäftsgebahren“ einzelner Unternehmungen im Verbreitungsgebiet der Schwetzingener Zeitung.

Clodoaldo Avila, Ketsch

PER MAIL INS BLATT

Haben Sie eine Meinung? Senden Sie Ihren Leserbrief an sz-redaktion@schwetzingener-zeitung.de.

Guido Westerwelle: Äußerungen zu Hartz IV und Verhalten zur Steuerhinterziehung passen nicht zueinander

Außenminister als Innenpolitiker

Das Warten hat ein Ende! Unser so beliebter und erfolgreicher Außenminister Guido Westerwelle begibt sich endlich wieder in die Niederungen der Innenpolitik. Für einen „Neuanfang des Sozialstaates“ wirbt der smarte FDP-Politiker. Sein Geschwätz über Dekadenz und Sozialismus wird doch nicht mit den sinkenden Umfragewerten seiner Partei oder der fehlenden Reputation der gelben Ministerriege zu tun haben? Nein, weit gefehlt! Ihn treibt die Sorge um, dass sich Deutschland in ein spätrömisches Kaiserreich verändern könnte.

Es ist wirklich sehr bemerkenswert, wie ein moderates Urteil des Verfassungsgerichts Herrn Westerwelle dazu nötigt, mit dumpfer Rhetorik vor Colosseum, Nero und Caligula zu warnen. Solche Vergleiche sind zwar nicht politisch, dafür rein polemisch. Gut auf andere eindreschen – besonders auf die sozial Schwächeren – kann der Chef der „Möwenpickpartei“. Zu Fragen des Steuerbetrugs hört man von ihm lei-

der kaum etwas und wahrscheinlich aus gutem Grund. Hat er doch in der vorhergegangenen Legislaturperiode für einen Vortrag bei einer Liechtensteiner Bank Honorare kassiert, die in den Skandal um Schwarzgeldkonten deutscher Anleger verwickelt ist. Auch bei der LGT Schweiz, deren Muttergesellschaft, die LGT-Gruppe, durch hundertfache Beihilfe zum Steuerbetrug seit 2008 in die Schlagzeilen geriet, hat der Prophet der geistigen und moralischen Wende sich üppig bezahlen lassen. Unter anderem wurde in diesem Skandal der frühere Postchef Claus Zumwinkel als Steuerhinterzieher entlarvt. Geistige Wende?

Die meisten sagen Doppelmoral dazu. Doch unser Außenminister kann sich diese aufgrund des guten Regierens der schwarz-gelben Koalition natürlich erlauben. Man denke nur an die Steuersenkung für Hotelübernachtungen, die ja wahre Beifallsstürme in der Bevölkerung hervorgerufen hat. Und auch die anderen Vorhaben unserer Regierung

sind geradezu Musterbeispiele souveräner Regierungsarbeit. Ja, wenn man von Harmonie spricht, muss man zwangsläufig an unsere neue Koalition denken! Deshalb, Herr Außenminister, weiter so. Von Ihren schrillen Äußerungen und Plattitüden werden die Stammtische und die nationalkonservativen Kreise begeistert sein. Denn rechts von Westerwelle stehen nach solchen Sprüchen nur noch Attila und Dschingis Khan.

Walter Rohr, Ketsch

Wenn Politik das Volk spaltet

Der iranische Präsident sorgt mit seinem Atomprogramm in der Völkergemeinschaft für heftige Unruhe. Dazu kommt von unserem Außenminister vergleichsweise wenig. Kein Wunder, er hat ja mit der „sozialen Kernspaltung“ unserer Gesellschaft genug zu tun (Hoffentlich führt dies nicht mal zum Super-Gau). Politiker, die das Volk spalten, haben wir schon genug. Ist dies etwa das Erfolgsrezept von Kanzlerin

Merkel? Die macht das anders: „Das ist nicht der Duktus der Kanzlerin.“ Mit diesen und weiteren höflichen Formulierungen spricht die stellvertretende Regierungssprecherin aus, was Kanzlerin und viele andere von Westerwelles „Tsunami-Stil“ halten.

Noch nie wurde ein (Möchtegern-) Außenminister von der eigenen Regierung mit derart diplomatischem Fingerspitzengefühl bloßgestellt. Eine Diskussion über (soziale) Gerechtigkeit ist ohnehin überfällig. Aber der Ton macht die Musik, denn die Gesellschaft wieder zusammenzuführen, statt zu spalten, was die Politik schon viel zu lange antreibt, ist auch längst überfällig. Wenn Westerwelle sich schon bei Parteifreunden beratungsresistent zeigt, sollte er, zur künftigen Vermeidung schriller Töne, zum „Sound-check“ vielleicht mal seinen Lebenspartner zu Rate ziehen. Da hätte unser Vizekanzler vielleicht dann den richtigen Blickwinkel für die wirklichen Problemzonen der Teutonen.

Herbert Semsch, Brühl

Kreisel-Abfahrt:

Kein Verständnis für das Zickzack

Wenn man sich mit Bürgern aus Schwetzingen über die aktuellen Baustellen in ihrer Heimatstadt unterhält, wird eines deutlich: Die überwiegende Mehrzahl hat für die Tatsache, dass aus dem neu gebauten Kreisel kein Abfahren in die Mühlenstraße möglich ist, nur Kopfschütteln übrig. Wie kann es sein, dass man, um die Mühlenstraße zu entlasten, den Verkehr im Zickzack durch die übrige Stadt leitet? Dies hat zur Folge, dass viele Verkehrsteilnehmer deutlich längere Wege fahren müssen, um ihr Ziel zu erreichen. Auf der einen Seite wird mit Recht gefordert, dass Energie gespart werden soll. Etlliche Städte führen sogenannte Umweltszonen ein und zwingen Autofahrer in der verzweifelten Hoffnung, die Umweltbelastung zu senken, bunte Plaketten an ihre Windschutzscheibe zu kleben. In Schwetzingen hingegen werden die Autofahrer gezwungen, Umwegfahrten auf sich zu nehmen, mit der Folge größerer Umweltbelastung für alle.

Das muss man sich vor Augen halten: Um eine bestimmte Anzahl von Bürgern zu entlasten – die nach Fertigstellung der B 535 sowieso schon entlastet werden – wird eine deutlich größere Anzahl von Bürgern belastet. So etwas nennt man Klientelpolitik. Aber die Anwohner der Berliner Straße und deren Nebenstraßen, welche schon durch den Zuglarm über die Maßen belastet sind, haben wohl in den politischen Gremien der Stadt nicht die notwendige Lobby, um sich dagegen verteidigen zu können. Man stelle sich nur einmal vor, jemand käme auf die Idee, um die Zähringer Straße zu entlasten, den Verkehr durch den Schälzig zu leiten oder den Bewohnern der Lindenstraße Verkehr zu ersparen, indem man die Autos durch das Kleine Feld fahren lässt.

Also ein Rat an den Stadtrat: Bei den nächsten Entscheidungen, die zu treffen sind, nur kurz überlegen, ob das Wohl der ganzen Stadt im Vordergrund stehen soll, oder nur die Partikularinteressen von relativ wenigen Personen, die ihren persönlichen Einfluss geltend machen, ohne Rücksicht darauf, dass der Vorteil, den sie selbst daraus ziehen, deutlich geringer ist, als der Nachteil, den andere haben.

Günther Jansen, Schwetzingen

Gedicht:

Olympiade

Was ist nur aus uns, dem Mensch, geworden, sehe ich mir die Olympischen Spiele an. Der sportliche Geist ist fast gestorben, weil keiner mehr verlieren kann.

Es kann nur einer Erster sein, der zweite Platz, fast nichts mehr wert. Der dritte ist ein armes Schwein, der vierte gar nicht erst begehrt.

Bist du Erster oder Letzter, dazwischen, nur Bruchteile von Sekunden. Fehlen ein paar Punkte, Zentimeter, alles umsonst, wofür du dich geschunden.

Dann kommen all die Besserwisser, Ursachenforscher, Kommentare. Im Grunde, fast alles Hosenschisser, die sich nie aussetzen würden den Gefahren.

Jahrelanges schufteten für das Ziel, bei der Olympiade zu gewinnen. Verzichtet hat man auf sehr viel, doch zum Schluss, oft Enttäuschungstränen rinnen.

Der olympische Gedanke nicht mehr zählt, von wegen, dabei zu sein ist alles. Hier sind die besten Sportler von der Welt, siegen kann nur einer, in jedem Fall des Falles.

Doch was wären all die Spiele, ohne dass jemand verliert. Wenn es nur noch Sieger gäbe, hätte die Menschheit sich verspielt. **Klaus Mischkewitz**, Oftersheim